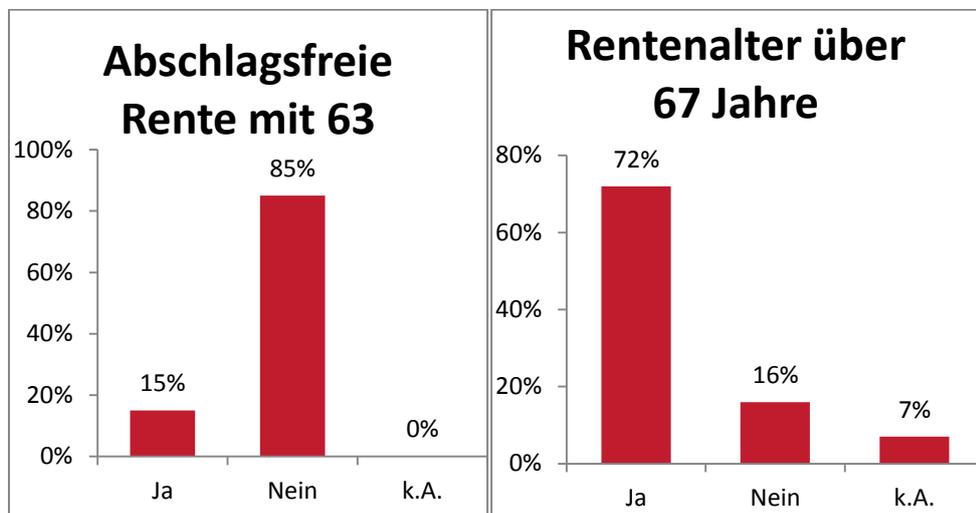


FRAGE

Vor einem Jahr hat die Große Koalition die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren eingeführt. Das Interesse daran ist groß: Bis Ende April hat die Rentenversicherung 300.000 Antragsteller gezählt. Wirtschaftsverbände kritisieren, diese Einführung habe zu einer erheblichen Verschärfung des Fachkräftemangels geführt und angesichts der demografischen Entwicklung ein falsches Signal gesetzt. Ist die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren Ihrer Ansicht nach richtig?

Sollte das Rentenalter langfristig (in 5-10 Jahren) über die Grenze von 67 Jahren angehoben werden, wie das beispielsweise Länder wie Italien, Dänemark (69) oder Großbritannien (68) bereits getan haben?



Prof. Dr. Eckard Bomsdorf Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität zu Köln:

Die Rente mit 63 schafft ungerechtfertigte Privilegien und sie schadet dem Arbeitsmarkt. Sie widerspricht dem Äquivalenzprinzip und damit dem Gleichheitsgrundsatz der gesetzlichen Rentenversicherung. Man könnte die abschlagfreie vorgezogene Altersrente auch als Rente mit 67 rückwärts bezeichnen. Die Rente mit 63 belastet sowohl Beitragszahler als auch Normalrentner, diskriminiert zudem u.a. Frauen und schafft neue Ungerechtigkeiten. Sie markiert einen politisch und klientelorientierten Rückschritt in der Rentenpolitik. Zunächst sollte die Rente mit 67 nicht angetastet werden; über 2030 hinaus wird aufgrund der steigenden Lebenserwartung bzw. Rentenbezugsdauer eine Anpassung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung im Interesse der Gesellschaft und des sozialen Friedens erforderlich sein. Eine derartige Anhebung der Regelaltersgrenze über 67 hinaus sollte vor 2030 beschlossen werden; es ist allerdings völlig unrealistisch zu glauben, diese Anhebung könne schon für Jahre vor 2030 gelten. Wichtig ist es allerdings, bereits heute eine größere Flexibilisierung beim Einstieg in die Rente zu ermöglichen. Die gesetzliche Regelaltersgrenze muss dabei einen Fixpunkt für einen flexiblen Übergang in die Altersrente darstellen. Es muss verstärkt möglich sein, früher – aber natürlich mit Abschlägen - und später - mit Zuschlägen - in Rente zu gehen. Die aktuell geltenden Hinzuverdienstgrenzen können dann auch nach oben angepasst werden, jedoch nicht für diejenigen, die abschlagfrei eine vorgezogene Altersrente beziehen.



Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Will man das Verhältnis von Aktiven zu Inaktiven (also Jungen und Alten) in etwa konstant halten, dann kommt man langfristig um die Rente mit 70 nicht herum. Die erfreuliche Zunahme an Lebenserwartung muss sich auch in einem längeren aktiven Erwerbsphase niederschlagen. Die Politik sollte sich aber Gedanken machen, wie sie den Übergang vom Arbeitsleben zum Ruhestand fließender gestalten kann, denn viele wünschen sich im Alter sowohl eine sichere Rente, als auch das Gefühl gebraucht zu werden.

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Da die Lebenserwartung und damit auch die Rentenbezugsdauer viel stärker gestiegen ist als die angedachte Verlängerung der Lebensarbeitszeit, handelt es sich um keine Rentenkürzung, sondern um die Dämpfung einer versteckten Rentensteigerung.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Mann sollte sich um mehr Flexibilität um das Renteneintrittsalter herum bemühen, also auch positive Anreize für eine längere Arbeitszeit setzen.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Zunächst einmal sollten wir die Rente mit 67 umsetzen und die Ergebnisse abwarten; das dauert ohnehin bis 2031.

Dr. Dirk Schlotböller Chefvolkswirt, DIHK:

Der verfrühte Renteneintritt Tausender Beschäftigter reißt Löcher in die Belegschaften und in die Rentenkasse. Das müssen die Betriebe schon heute, aber auch die künftigen Beitragszahler, der Steuerzahler und die heutigen Rentner bezahlen. Umso wichtiger ist es, zügig die Anreize für ein Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus zu verbessern.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das Antrittsalter sollte vor allem flexibilisiert werden, mit Abschlüssen bei frühzeitigem Antritt und Zuschlägen bei späterem Antritt.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Wir leben länger und es ist konsequent, die Generation, die zu wenige Kinder bekommen hat, länger im Erwerbsleben zu halten.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Das Regelrentenalter wird angepasst werden müssen, aber die Abschlüsse bei vorzeitiger Verrentung sollten geringer sein als heute und wahlbedingte politische Begünstigungen von einzelnen Empfängergruppen müssen unterbunden werden. Ohne Anhebung des Rentenalters folgen massive Rentensenkungen!



Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Es sollte jedem freigestellt sein, wann er oder sie das Arbeitsleben beendet.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Es sollte nur eine freiwillige Anhebung möglich sein.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Steigende Lebenserwartung heißt steigendes Renteneintrittsalter, sonst ist Rente nicht finanzierbar.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Es empfiehlt sich, das Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln, so dass die Laufzeit der Rente gleich bleibt.

Prof. Dr. Georg Götz Professur für VWL - Industrieökonomie, Wettbewerbspolitik und Regulierung, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Eine Durchsetzung dieses Rentenalters und Flexibilisierung nach oben scheint wichtiger.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Ich befürworte eine flexible Altersgrenze zwischen 65 und 70 Jahren.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Die demographischen Gründe halte ich für vorgeschoben. Wichtig ist ein höheres Produktivitätswachstum, und um dieses zu ermöglichen sollte mehr in Infrastruktur investiert werden. So können die Bürgerinnen und Bürger auch im Alter versorgt werden.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

In Anbetracht des demografischen Wandels führt wohl kein Weg an längeren Lebensarbeitszeiten vorbei. Allerdings sind hier kreative Lösungswege gefragt. Das ist allerdings eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Industrie, das Handwerk, Regierung und Opposition sollten im breiten Konsens an einer praktikablen Lösung arbeiten. Vor allem im Handwerk ist eine pauschale Lebensarbeitszeit bis 70 nicht machbar. Es müssen rechtzeitig Umschulungsprogramme aufgelegt werden, die auch finanziell unterstützt bzw. ganz bezahlt werden. Der demografische Wandel erfordert von uns allen erhöhte Aufmerksamkeit und Kreativität. Mein Eindruck ist, dass sich die Industrie und das Handwerk bislang unflexibel und starr zeigt. Vor allem gilt: Berufe sollten durchlässiger werden, wie es in vielen Ländern der Welt bereits der Fall ist. In Deutschland zählen häufig der Schulabschluss und Zertifikate mehr als die Erfahrung und die persönlichen Eigenschaften.



Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Eine weitere Flexibilisierung (z.B. Wahl zwischen 67 und 70 und damit verbundenen unterschiedlichen Rentenhöhen) erscheint eine weitere sinnvolle Variante zu sein.

Prof. Dr. Tim Krieger Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Wenn in fünf bis zehn Jahren der demographische Wandel so richtig einsetzt und die Politik endlich realisiert, dass die Vorhersagen der Wissenschaft korrekt waren und man sich besser hätte vorbereiten müssen, dann wird die abschlagsfreie Rente mit 63 auch von den heute verantwortlichen Politikern als großer Fehler angesehen. Sie wird dann schnellstens abgeschafft und das Renteneintrittsalter deutlich erhöht. Schade nur, dass dieser Schritt dann so spät kommt, dass die gesamtgesellschaftlichen Kosten durch die unnötige Verzögerung viel höher sind als nötig.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Die Renteneintrittsalter muss an die Lebenserwartung und die Morbiditätsentwicklung im demographischen Wandel gekoppelt werden und sich mit der steigenden Lebenserwartung erhöhen.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Nicht ein pauschales Anheben der Altersgrenze ist sinnvoll, sondern ein flexibler Übergang sowohl hinsichtlich des Alters als auch der wöchentlichen Stundenleistung. Dieser würde den sehr unterschiedlichen Bedingungen unterschiedlicher Tätigkeiten gerecht werden. Zu dieser Flexibilität sollten auch Mischformen von Rentenbezug und Zuverdienst sinnvoll kombinierbar sein.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Nur so kann man die Rente nachhaltig gestalten.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Wenn die Babyboomer in Rente gehen wollen, kommt das höhere Rentenalter, ob die Politik da zugibt oder nicht. Entweder es kommt formell durch Anhebung des Renteneintrittsalters. Oder es kommt informell durch hohe Beschäftigungsquoten von Rentnern, die länger arbeiten müssen oder wollen, um ihren Lebensstandard zu halten oder zu steigern.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Vor allem ist eine größere Flexibilisierung notwendig, die erlaubt und Anreize setzt, über das Rentenalter hinaus beschäftigt zu sein. Das ist wichtiger als eine weitere Anhebung der Grenze, die für manche Berufe schwer darstellbar sein wird.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Finanzieller Druck auf die Rentenkassen wird sich in einigen Jahren verschärfen. Daher sind Anpassungen erforderlich.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

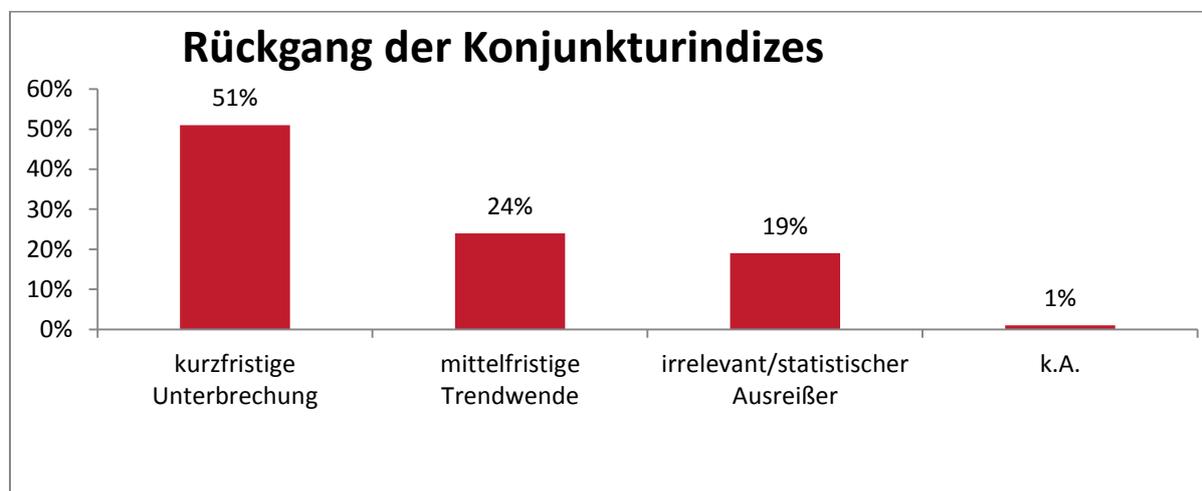
Das Rentenalter sollte automatisch an die Entwicklung der Lebenserwartung angepasst werden. Diskretionäre Anpassungen sind unpopulär und sollten daher vermieden werden. Eine Automatik wird dem Wähler eher einleuchten.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Die demographische Entwicklung legt das eindeutig nahe, aber - wie üblich - die Politik wird erst mit erheblicher Zeitverzögerung entsprechend reagieren.

FRAGE

Sowohl der Ifo-Geschäftsklimaindex (Juni) als auch der GfK-Konsumklimaindex sind zuletzt zurückgegangen. Halten Sie die Rückgänge für einen Ausrutscher bedingt vor allem durch die Griechenland-Krise, oder deutet sich hier bereits eine Trendwende/Gefährdung des binnenwirtschaftlich angetriebenen Aufschwungs an?



Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Kurzfristindikatoren befinden sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Die aktuelle Delle stellt keine Gefährdung der positiven konjunkturellen Entwicklung dar.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Fundamentalfaktoren der Erholung in Deutschland sind noch immer intakt.



Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sprechen für eine Fortsetzung des Aufschwungs, zumal stärkere Investitionen dazu kommen.

Dr. Dirk Schlotböller Chefvolkswirt, DIHK:

Sonderfaktoren wie Ölpreiseinbruch und Euro-Schwäche können die Konjunktur nicht auf Dauer tragen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Negative Erwartungen zu China und Griechenland sowie langfristig steigende Zinsen in den USA - das macht die hohen Staatsschulden in Europa kritisch.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Griechenland bremst.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Vermögensverluste der Haushalte beschränken den Nachfragezuwachs, geopolitische Strategien belasten die Globalisierung, die Ängste der Menschen steigen. Europa zerstört Vermögen, vergeudet immer mehr Zeit und verliert Reputation, Hoffnung und Faszination.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Ein kurzfristiger Dämpfer bedingt durch das griechische Theater.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Mit Griechenland hat das nichts zu tun. Es liegt daran, dass Produktionspotential demographiebedingt nicht mehr wächst bzw. schrumpft. Und an diesen Deckel ist die deutsche Wirtschaft gestoßen.

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

Die Lage ist zu unsicher, um eine Prognose zu wagen.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Durch die schwarze Null und die schwache Kreditnachfrage bleibt die Nachfrage schwach, eine Rückkehr zum Exportmodell ist nicht ratsam und wird durch den flexiblen Wechselkurs erschwert.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Grexit-Diskussion dürfte auch im hiesigen Unternehmerlage für Unsicherheit gesorgt haben. Fakt ist aber, dass sich die US-Wirtschaft erholt und auch selbst in den Nachbarländern der Euro-



zone ein Silberstreifen am Horizont zu sehen ist. Dies dürfte in den kommenden Monaten wieder für Besserung sorgen.

Prof. Dr. Tim Krieger Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Deutschen beginnen langsam zu realisieren, dass sich die Entwicklung aufgrund der aktuell vielfältigen Risiken zu drehen beginnt.

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Eine kommende Nachfrageverschlechterung in China hätte stärkere Auswirkungen als Griechenland.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Nicht so sehr der Grexit ist das Problem, sondern die schlechte Lage der Schwellenländer, allen voran Chinas.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Es gibt auch andere Risiken, vor allem China.

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

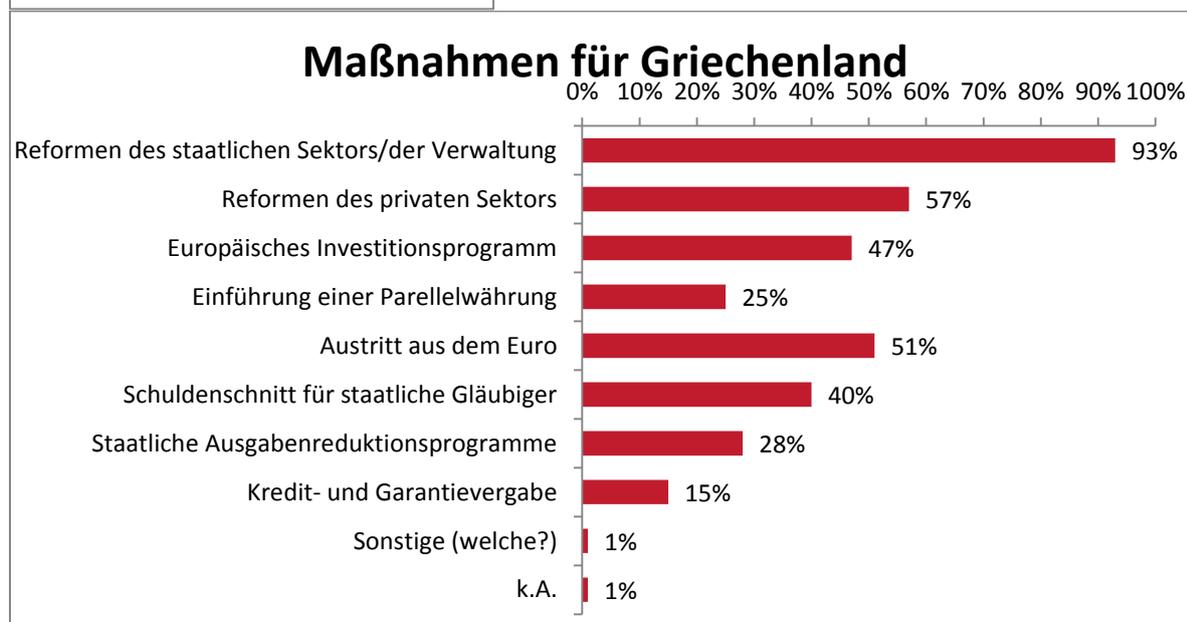
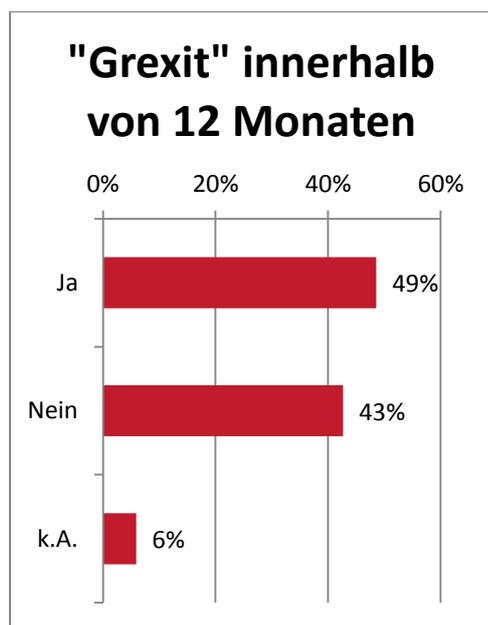
Unsicherheit über Griechenland und den Euroraum überwiegt.

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Die aktuelle Abschwächung ist vor allem der gewachsenen Verunsicherung im Zuge der Griechenland-Krise geschuldet.

FRAGE

Griechenland hat seit 2010 rund ein Viertel seiner Wirtschaftskraft eingebüßt. Am Sonntag hat eine deutliche Mehrheit von über 60% in einem Referendum gegen weitere Sparprogramme und Auflagen der "Institutionen" (vormals Troika) gestimmt. Welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht geeignet, um mittelfristig eine wirtschaftliche Belebung in Griechenland herbeizuführen? Erwarten Sie einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone ("Grexit") innerhalb der nächsten zwölf Monate?



Prof. Dr. Eckard Bomsdorf Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität zu Köln:

Es gibt keinen Königsweg aus dieser Krise. Die entscheidenden Fehler sind vor Einführung des Euro gemacht worden.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Erforderlich sind Maßnahmen und Reformen, die die unternehmerischen Aktivitäten fördern und die Effizienz des staatlichen Sektors herstellen. Mit der Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Volkswirtschaft wird auch die Stimmung im Lande umschlagen.



Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Griechenland wird einen faktischen Schuldenschnitt brauchen, andernfalls können sie die Schulden nicht bedienen. Wenn sich Griechenland in Sachen Reformen und die Gläubiger in Sachen Schuldenschnitt nicht bewegen, ist der Grexit nur aufgeschoben, nicht aufgehoben,

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Bei den grundlegenden Strukturreformen ist man in den letzten Jahren (!) so gut wie nicht vorangekommen. Frau Lagarde hat den Griechen schon 2012 zugerufen: "Zahlt endlich Eure Steuern".

Dr. Dirk Schlotböller Chefvolkswirt, DIHK:

Neue Milliarden lösen nicht die Probleme des Landes. Die griechische Regierung muss vor allem die Unternehmer in Griechenland und die dort engagierten Firmen aus aller Welt von der Ernsthaftigkeit der Reformbemühungen überzeugen.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Griechenland ist ein schreckliches Beispiel dafür, wie wichtig gute Institutionen sind und wie bedeutsam es ist, diese staatlich aufzubauen bzw. zu gewährleisten (bei Erhard die zentrale ordnungsökonomische Aufgabe) und damit den Staat eher als Schiedsrichter als als Marktbeteiligter agieren zu lassen. Europa sollte bei künftigen Erweiterungsrunden neben Rechtstaatlichkeit auf solche Sachen achten - das hat man einfach verschlafen, weil diese Kategorien Juristen fremd sind.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Geopolitische Interessen "garantieren" Griechenland fortwährende Transferzahlungen. Es ist kein Liquiditätsproblem und damit eines der EZB; es ist ein historisch-mentales Problem, es ist ein Solvenz- und damit grundlegendes EU-Problem. Geld löst kein reales, mentales Problem. Der eigenständige Wille aller griechischen Politiker fehlt.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Das Wichtigste ist, dass die Griechen selbst entscheiden, welche Art Reformen sie für sich durchführen wollen. Die Idee, einem Land von Außen Reformen zu verordnen, ist notwendigerweise zum Scheitern verurteilt.

Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Makroökonomik und Leiter des Instituts für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Leipzig:

Zusätzliche Hilfen nur unter sehr strenger Aufsicht.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Durch einen Austritt aus dem Euro kann die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands, insbesondere der Tourismusbranche, praktisch "über Nacht" wieder hergestellt werden. Mit der gegenwärtigen Spar- und Lohnkostensenkungspolitik dauert dies noch mindestens 10 bis 20 Jahre.



Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Reformen sind in vielen Bereichen nötig, nicht zuletzt auch in der Justiz. Das dauert aber viele Jahre oder wahrscheinlich Jahrzehnte und bis das erreicht ist, müssen die institutionellen Schwächen eben durch eine schwache Währung kompensiert werden.

Prof. Dr. Georg Götz Professur für VWL - Industrieökonomie, Wettbewerbspolitik und Regulierung, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Alles hängt von der Glaubwürdigkeit der Reformanstrengungen ab. Dann könnte man sich viele Maßnahmen vorstellen bzw. ein Bündel umsetzen. Ohne klaren Willen zur Reform seitens Griechenland wird aber wohl nur der Grexit bleiben.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Alles, was kurzfristig die Nachfrage erhöht, kann zu einer mittelfristigen wirtschaftlichen Belebung beitragen. Strukturelle Reformen haben Einfluss auf die langfristige Wachstumsrate und sind davon getrennt zu betrachten. Wie Paul Samuelson bereits sagte, haben Ökonomen zwei Augen: eines für die Nachfrage, und eines für das Angebot.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Eine Patentlösung für die griechische Misere gibt es nicht. Investitionsprogramme haben den Nachteil von Mitnahmeeffekten und Fehlallokationen. Tatsache ist aber, dass Griechenland über kein funktionierendes Staatswesen verfügt. Also sollte dort angefangen werden. Griechenland und die EU sollten an einem Marshall-Plan für die griechische Verwaltung arbeiten. Die Vision könnte doch lauten: Griechenland hat im Jahr 2025 die modernste öffentliche Verwaltung Europas. Die Bürger würden dann auch sehen, dass sich etwas bewegt. Unternehmensgründung aber auch Insolvenzen sollten rechtlich einfach von statten gehen. Eine moderne, schlanke und schnelle öffentliche Verwaltung zusammen mit einer Struktur, die den Gründergeist fördert, könnten die Initialzündung für ein "neues Griechenland" geben.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Eine institutionelle, mittelfristige Lösung des Verschuldungsproblems und der Weg zur Rückgewinnung des Vertrauens steht bereits in den meisten finanzwissenschaftlichen Lehrbüchern und ist sogar Bestandteil der entwicklungspolitischen Strategie von IMF und Weltbank: Dezentralisierung mit starker und echter lokaler Eigenverantwortung. Internationale Studien bestätigen einen positiven Einfluss von Dezentralisierung und Föderalismus auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Effizienz des Staates, die Disziplin im Staatshaushalt und sogar auf die individuelle Zufriedenheit der Bürger. Griechenland ist überzentralisiert.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Strukturelle Probleme lassen sich nur durch strukturelle Reformen lösen. Schuldenschnitte, pauschale Kreditprogramme oder pauschale Ausgabenprogramme können strukturelle Probleme nicht lösen. Hier frage ich mich schon, innerhalb welcher ökonomischen Welt auch sehr renommierte



Ökonomen in und außerhalb Europas in diesen Maßnahmen eine Lösung für das aktuelle Geschehen sehen.

Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/ Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Eine Ordnung für vorübergehende Ausstiege aus dem Euro.Raum (Sinnsche Konkursordnung) sollte sorgfältig eingeführt werden.

Prof. Dr. Ulrich van Suntum Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eine neue, gegenüber dem Euro stark abwertende Währung wäre das beste Wachstumsprogramm für Griechenland. Ohne einen solchen Schritt werden alle weiteren Hilfgelder wirkungslos verpuffen und das Schuldenproblem nur verlängern. Die Austeritäts-Medizin, die in anderen Ländern Wirkung gezeigt hat, schlägt in Griechenland nicht an. Daraus sind Konsequenzen zu ziehen, bevor der Patient mit immer höheren Dosen totkuriert wird.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Nur im Falle des Austritts aus der Währungsunion werden die griechischen Bürger und Politiker die Notwendigkeit eigener Bemühungen erkennen.

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Der kaum noch zu vermeidende Grexit wird eine J-Kurven-förmige Entwicklung auslösen. Aber es wird lange dauern, bis erkennbar werden wird, dass das J tatsächlich ein J und nicht eine Rutschbahn ohne Ende ist.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Einige der Optionen wären ohne Zweifel hilfreich, aber was nützen sie, wenn sie nur der Form halber angenommen, aber nicht wirklich umgesetzt werden? So haben ja weder die "Rettungshilfen" noch der Kohäsionsfonds wirklich etwas gebracht. Daher auf gar keinen Fall: Mittel aus dem Europäischen Investitionsprogramm.

FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

Nein

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

nein



Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Nein

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Nein

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

nein

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Ja, negative Erwartungen wegen China und Griechenland

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Kein breiter Aufschwung auf Grund der anhaltenden Griechenlandkrise.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Börsenentwicklung in China, Griechenlands anhaltender Unwille zu strukturellen Reformen, die sich abzeichnende politische Rettungspolitik ua. haben die Unsicherheit und Instabilität massiv erhöht! Die Unsicherheit ist stark gestiegen!

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

nein

Prof. Dr. Theresia Theurl Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

nein

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

nein

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Nein

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg:

kaum



Prof. Dr. Georg Götz Professur für VWL - Industrieökonomie, Wettbewerbspolitik und Regulierung, Justus-Liebig-Universität Gießen:

Nicht wesentlich

Prof. Dr. Thomas Huth Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Ja, wegen jüngster Entwicklung in China.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Nicht wesentlich.

Prof. Dr. Till Requate Lehrstuhl für Innovations-, Wettbewerbs- und Institutionenökonomik, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel:

Ja, wegen Einbruch in China

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Leiter des Instituts für Finanzwissenschaft I, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Nein, noch nicht

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

nein

Prof. Dr. Mathias Erlei Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Geringfügig.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

nein

Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Nein

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Ein Einbruch in China könnte zum Problem werden.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Ja.



Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Die Risiken sind gestiegen (China, Griechenland, Russland, etc...)

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

wenig

Prof. Dr. Christian Dreger Professur für VWL, insb. Makroökonomie, Europauniversität Viadrina Frankfurt/Oder:

Nein

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

nein

Prof. Dr. Ekkehart Schlicht Lehrstuhl am Seminar für Theorie und Politik der Einkommensverteilung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

nein

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Nein

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Nein.